

10. Interpellation von Roland Kuttruff vom 16. Dezember 2009 "Steuergelder in der Stiftung Komturei Tobel" (08/IN 33/183)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort für eine kurze Erklärung.

Kuttruff, CVP/GLP: Kantonsrat Dr. Munz hat mit seinem Leserbrief Recht, dass meine Interpellation eigentlich an die falsche Adresse gerichtet ist. Als Kantonsrat, Gemeindeammann, Steuerzahler und ganz einfach als Einwohner des Kantons habe ich aber keine andere Adresse zur Verfügung. Die Stiftung Komturei Tobel hat rund 3 Millionen Franken Steuergelder, ein grosses Grundstück und einige Liegenschaften als Startkapital erhalten. Damit haben der ursprüngliche Stiftungsrat und die Geschäftsleitung nichts erreicht. Der Gemeinderat und auch der Regierungsrat haben versucht, Einfluss zu nehmen. Immer wieder sind wir mit der Antwort abgewiesen worden, wir hätten uns als öffentliche Hand nicht in die Belange der Stiftung einzumischen. Was bleibt da anderes übrig, als eine Interpellation einzureichen? Es gilt, aus der Sache die richtige Lehre zu ziehen, und dafür ist die gewählte Adresse die Richtige. Da mir bekannt ist, dass bei diesem Geschäft im Grossen Rat viele Kolleginnen und Kollegen sehr kritisch waren, Gemeinderat, Regierungsrat und ich in den vergangenen Jahren nicht nur reklamiert, sondern auch Vorschläge gemacht haben, **beantrage** ich Diskussion. Wir sind diese Diskussion den Steuerzahlerinnen und -zahlern schuldig.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Kuttruff, CVP/GLP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation, auch wenn sie mich nicht in allen Punkten zufrieden stellt und ich sie teilweise als eher mutlos einstufe. Mit dem nötigen Gefühl und Insiderkenntnissen kann einiges herausgelesen werden. So sind die 2,9 Millionen Franken des Stiftungskapitals oder ein grosser Teil davon inzwischen ausgegeben. Es ist auch ersichtlich, dass es sich in Tat und Wahrheit um rund 3,5 Millionen Franken handelt. Ein Gegenwert in gleicher Höhe ist nicht annähernd vorhanden. Der ehemalige Stiftungsrat und vor allem der Geschäftsleiter haben alle Warnungen und Hinweise zurückgewiesen und unbeirrt ihren Weg fortgesetzt. Eine gewisse Beharrlichkeit kann positiv sein, wenn sie aber in uneinsichtige Sturheit ausartet, führt sie ins Verderben. Die Antwort auf meine Frage 3 betreffend die Time-out-Schule vermag überhaupt nicht zu befriedigen. Sie lässt den Schluss aufkommen, dass der Entscheid nur an der Zustimmung oder Ablehnung der beiden örtlichen meinden gelegen habe. Ich war in die Entscheidungsfindung involviert. Die ersten Vorschläge für die Führung der Time-out-Schule über eine der beiden Schulgemeinden hätten Zustimmung gefunden. Leider hat der damalige Geschäftsführer der Stiftung die Möglichkeiten verschlafen. Schliesslich hat er unter Druck und Angst vor dem eigenen Mut eine Lösung vorgeschlagen, die für die Stiftung und die damals zur Diskussion stehende Organisation "Pik" kein Risiko, für die öffentliche Schulgemeinde jedoch das gesamte Risiko bedeutet hätte. Dass eine öffentliche Körperschaft unter diesen völlig veränderten Voraussetzungen nein sagen muss, hätte den erfahrenen Politikerinnen und Politikern der Stiftung Komturei klar sein müssen. Ähnlich ist es mit der Finanzierungsofferte der Raiffeisenbank geschehen. Die verantwortlichen Personen der Stiftung haben die Bank sehr lange mit der Lieferung von Unterlagen hingehalten. Auch liegen mir Papiere vor, die belegen, dass der Raiffeisenbank zum Zeitpunkt der Offertstellung eine Bürgschaft über 14 Millionen Franken durch den Kanton Thurgau in Aussicht gestellt wurde. Eine Fehleinschätzung oder bewusste Fehlinformation, die kurz nach den verschiedenen Diskussionen

in der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission und in der Öffentlichkeit über kantonale Bürgschaften den Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern unseres Rates nicht hätte passieren dürfen. Auf das Angebot der Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner, anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Gärtnermeisterverbandes mit ihren Lernenden die Umgebung vor dem Haupthaus der Komturei fachgerecht und gratis instand zu stellen, reagierte die Geschäftsleitung trotz mehrmaligem Nachfragen nicht. Auch meine regelmässigen Hinweise haben nichts geändert. Ich gebe Ihnen ein paar Hinweise, was mit den öffentlichen beziehungsweise den Geldern der Stiftung gemacht wurde: Mit Unterstützung der Technischen Werke der Gemeinde Tobel-Tägerschen ist die gesamte Erschliessung für das Areal Komturei Tobel ausgeführt worden. Teilweise sind Vorinvestitionen zu Lasten der Technischen Werke getätigt worden, die erst zu einem späteren Zeitpunkt nötig wären. Eine riesige Trafostation ziert die heutige Umgebung und etliche Meter Leitungskabel sind im Boden verlegt. Die Gesamtkosten zu Lasten der Komturei belaufen sich auf rund Fr. 350'000.-- und zu Lasten der Gemeinde auf rund Fr. 380'000.--. Ob diese Investitionen nötig waren oder sich gelohnt haben, wird sich zeigen. Eine für den ganzen Komplex und diverse Nachbarliegenschaften ausgelegte Holzschnitzelheizung wurde projektiert, bestellt und zumindest der bauliche Teil ausgeführt. Die technische Einrichtung wurde beim Lieferanten wieder abbestellt. Die Betonräume sind neuzeitliche Industriebrachen und befinden sich im Untergeschoss der Komturei. Die Heizung in den noch genutzten Räumen erfolgt nach wie vor mit alten und nicht effizienten Elektrospeichern. Am meisten beschäftigt mich das zur Pilgerherberge restaurierte "Haus Kaufmann". Das beschauliche Riegelhaus und die gesamte Umgebung wurden von vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern und etlichen Handwerksbetrieben gratis oder zu speziell günstigen Konditionen umgebaut. Die Gemeinde Tobel-Tägerschen und der Kanton haben gemeinsam Gelder gemäss des Natur- und Heimatschutzgesetzes beigetragen. Der Verein der Komturei hat die Kosten für die Heizung übernommen. Die Umgebung wurde von ländischen Studentinnen und Studenten unter der Leitung von Workcamp Switzerland ebenfalls zu minimalen Aufwendungen ausgeführt. Heute ist die Umgebung um das Pilgerhaus nicht wiederzuerkennen. Die Herberge bleibt dieses Jahr trotz Pilgerjahr meistens geschlossen, da der vor Ort wohnhafte Co-Präsident der Stiftung nicht bereit ist, den nötigen Arbeitsaufwand zu leisten, damit die restaurierte Pilgerherberge betrieben wird. Total sind fünf Projekte von Architekturbüros unter der Begleitung einer Fachkommission und zahlreichen Arbeitsstunden im Hochbauamt bis zur Baureife ausgearbeitet worden. Die Baubewilligungen für die fünf Projekte wurden ausgestellt, sind inzwischen aber leider wieder verfallen. Ich bin überzeugt, dass die Projekte heute nutzlos sind, da neue Nutzer sicher andere Ideen haben werden. Schliesslich wurde den Mieterinnen und Mietern des Wohnhauses vor rund drei Jahren mit der Begründung gekündigt, man wolle demnächst mit dem Umbau beginnen. Die nun fehlenden jährlichen Mieteinnahmen von rund Fr. 25'000.-- haben nur einen positiven Aspekt: Da sie nicht mehr eingegangen sind, konnten sie auch nicht ausgegeben werden.

Brunner, SVP: Die Komturei Tobel ist seit dem Jahr 1807 im Besitz des Kantons Thurgau. Bis 1972 war in den Räumen eine Strafanstalt untergebracht. Der Landwirtschaftsbetrieb wurde im Jahr 1986 ausgesiedelt. Der Kreditantrag über 9,13 Millionen Franken für den Ausbau eines Museums für Bauern- und Dorfkultur wurde 1991 abgelehnt. Schliesslich wollte der Kanton die Komturei im Jahr 1997 für 1,5 Millionen Franken an die Gemeinde Tobel-Tägerschen verkaufen, doch die Gemeinde lehnte dankend ab. Nachdem der Regierungsrat mit der Komturei nichts mehr anzufangen wusste, rief er die Bevölkerung in der Tagespresse auf, Nutzungsideen einzureichen. Zwanzig Vorschläge sind eingegangen. Der Grosse Rat stimmte am 23. November 2005 dem Beschlussesentwurf mit 98:15 Stimmen zu, die Liegenschaften an die Stiftung Komturei Tobel zu übergeben. Ich gehörte zu den Neinsagern. Kantonsrat Kuttruff sagte mir damals, dass das leise Lüftchen aus Weinfeldern das Projekt nicht umstürzen könne. Aus dem Lüftchen ist heute ein ziemlicher Sturm geworden, der gar ein Hurrikan werden könnte. Im

März 2006 begann die Stiftung zu "wirtschaften". Zwei kleine Gebäude wurden abgebrochen, die Erschliessung realisiert, ein Schnitzelbunker betoniert und die bestellte Heizung wieder abbestellt. Das "Haus Kaufmann" wurde teilsaniert und sollte als Pilgerherberge dienen. Der heutige Zustand der Anlage zeigt kein schönes Bild. Die Gärten verwildern und die Pilgerherberge ist keineswegs einladend und auch kein Vorzeigebild für den Thurgau. In der Komturei Tobel wurde richtiggehend gewurstelt. Die Mieteinnahmen von Fr. 30'000.-- fehlen, weil den Mieterinnen und Mietern im Jahr 2007 gekündigt wurde. Es stellen sich folgende Fragen: Wie geht es weiter? In welchen Taschen sind die 4 Millionen Franken gelandet? Werden die verantwortlichen Stiftungsräte für diese Fehlleistung zur Verantwortung gezogen? Ich rate dem Regierungsrat, die Finger vom Konzept Komturei Tobel zu lassen, denn es gibt wichtigere Dinge, als Geld in dieses Loch zu werfen.

Grau, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und treffende Beantwortung der Interpellation, die mit aller Deutlichkeit nochmals den Leidensweg der Komturei Tobel aufzeigt. Als der Grosse Rat am 23. November 2005 das Kreditbegehren über 2,9 Millionen Franken als Stiftungskapital für die Gründung der Stiftung Komturei Tobel mit 98:15 Stimmen gutgeheissen hatte, wussten alle Befürworter, dass es sich um eine optimistische und mutige Wiederbelebungsaktion für die Komturei handelte. Zusammen mit dem Regierungsrat hoffte die grosse Mehrheit des Grossen Rates, dass die vorgelegten Strategien und Zielsetzungen der neuen Stiftung mit Erfolg gekrönt würden. Mit der Zusage zum Stiftungskapital und zur Gründung der Stiftung haben sowohl der Regierungsrat als auch der Grosse Rat die Verantwortung und das Mitspracherecht abgegeben. Aufgrund dieser Tatsache haben wir uns heute mit der vorliegenden Antwort des Regierungsrates zufrieden zu geben, denn weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat haben in irgendeiner Form die Möglichkeit und das Recht, gegen allfälliges Unvermögen des Stiftungsrates und der Geschäftsleitung vorzugehen. Das zeigt der Regierungsrat in seinen rechtlichen Ausführungen zur Stiftung sowohl in der Interpellationsantwort als auch im Bericht zum Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates zur Aufsicht über klassische Stiftungen unmissverständlich auf. Die Enttäuschung über die vom Interpellanten aufgezeigten Zustände und die mangelhafte Umsetzung der damals vorgelegten Projekte und Ziele ist wohl gemeinhin und vor allem auch in der FDP-Fraktion sehr gross. Stiftungsrat und Geschäftsführung schürten mit ihren grossartig klingenden Projekten im Jahr 2005 eine enorme Erwartungshaltung nicht nur im Rat, sondern auch in der Region rund um Tobel-Tägerschen und darüber hinaus. Für den mangelhaften Leistungsausweis und die schiefe Finanzlage der Stiftung Komturei Tobel tragen einzig und alleine die Mitglieder des Stiftungsrates die Verantwortung. Da hat sich der Grosse Rat in keiner Art und Weise einzumischen oder gar dem Regierungsrat eine Verantwortung am heutigen Zustand der Stiftung zuzuschieben. An die Adresse des Stiftungsrates gilt festzuhalten, dass es die FDP-Fraktion heute ablehnen würde, der Stiftung weitere frei verfügbare Mittel aus Steuergeldern zufließen zu lassen. Gelder aus dem Natur- und Heimatschutzfonds wären selbstverständlich im ordentlichen Verfahren und für entsprechende Projekte abrufbar.

Kappeler, GP: Ich lade alle herzlich ein, die Komturei Tobel zu besuchen. Schauen Sie sich aber nicht nur die malerische Situation mit all den Gebäuden und dem Innenhof an, sondern beachten Sie auch die Räume im Inneren, die Kellerräume, die Scheunen und vor allem die "Haustechnik". Die Stiftung hat mit der Komturei nicht nur einen geschichtlich höchst bedeutsamen und erhaltenswerten Gebäudekomplex, sondern auch eine geradezu titanische Aufgabe übernommen. Niemand stellt in Abrede, dass in der Vergangenheit nicht alles nach Wunsch gelaufen ist. Pläne für eine sinnvolle Neunutzung, die aus der Zeit vor der Stiftungsgründung vorhanden waren, zerschlugen sich. Der Stiftungsrat ist willens und nun auch auf Kurs, den Stiftungszweck trotz aller Widrigkeiten zu erfüllen. Es ist heute ein Kurs der kleinen Schritte, wo Schritt für Schritt die Rentabilisierung

der einzelnen Gebäude angegangen wird. Tatsache ist, dass dank verschiedener Investitionen zurzeit Mieteinnahmen von über Fr. 35'000.-- pro Jahr generiert werden können. Dazu gehört auch die vom Interpellanten erwähnte Pilgerherberge. Sie ist in Betrieb und erwirtschaftet Einnahmen durch Übernachtungen. Andere Aussagen sind nicht korrekt. Mit der Sanierung "Haus Traube" kann jetzt begonnen werden, da die Finanzierung durch Privatpersonen zugesichert ist. Die Komturei braucht die Unterstützung der Thurgauer Gesellschaft und der Politik. Kritik in der Art der vorliegenden Interpellation ist wenig hilfreich, zumal die Stiftung Komturei Tobel rechtlich so ausgestaltet ist, dass weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat die Kompetenzen hätten, einzugreifen. Das stellt der Regierungsrat in seiner Antwort in aller Deutlichkeit klar. Auch die Aufsichtsbehörde kann nur bei einer missbräuchlichen Auslegung des Stifterwillens eingreifen. Ein solcher Missbrauch ist jedoch kein Thema. Vor diesem Hintergrund ist die vorgebrachte Kritik ein massives Störmanöver, rechtlich und politisch wirkungslos und in einigen Punkten nicht sachlich. So zum Beispiel der Kernvorwurf, die Stiftung hätte 2,9 Millionen Franken verbraucht und keine zählbaren Resultate vorzuweisen. "Wenn wir dem Kredit von 2,9 Millionen Franken ... nicht zustimmen, wird der Kanton Thurgau diesen Betrag in den nächsten sechs bis acht Jahren trotzdem ausgeben müssen...", erklärte Kantonsrat Kuttruff anlässlich der Sitzung des Grossen Rates vom 23. November 2005, wohl wissend, dass die jährlichen Werterhaltungskosten zwischen Fr. 300'000.-- und Fr. 450'000.-- betragen. In der Tat hat die Stiftung Komturei in den letzten fünf Jahren investiert und nicht nur geplant. 1,88 Millionen Franken oder durchschnittlich Fr. 376'000.-- pro Jahr wurden für Sanierungen und nicht für Planungen ausgegeben. Hinzu kommen Fr. 680'000.-- für den Unterhalt und die Betriebsaufwendungen. Zählen wir die Kosten für den nicht genutzten Heizungskeller ab, bleiben noch immer jährliche Investitionen, Unterhalts- und Betriebsaufwendungen von Fr. 428'000.--. Es stimmt nicht, dass die Stiftung nur unrealisierte Visionen vorzuweisen hat. Ich bitte die Kritiker um etwas Geduld und Goodwill. Die Stiftung Komturei Tobel braucht Ruhe und Zeit, um ihre schwierige Aufgabe und Arbeit leisten zu können. Gerne erwähne ich die positive Haltung des Gemeinderates Tobel-Tägerschen, er wolle sich auch weiterhin nach Kräften für den Erhalt der Komturei einsetzen, wie sie der Regierungsrat in seiner Antwort aufführt. Machen wir dieses Bekenntnis zu unserem eigenen und setzen uns mit der heutigen Stiftung für den Erhalt der einmaligen Anlage ein.

Moor, SP: Mit der Interpellation hat sich Kantonsrat Kuttruff eine breite Bühne für seine persönliche Befindlichkeit und für massive Schuldzuweisungen in Bezug auf die Komturei Tobel geschaffen. Dass wir nun auf dieser Bühne mitspielen, ist der Sache gar nicht dienlich und steht uns auch nicht zu. Die sachliche Antwort des Regierungsrates zeigt das auch auf. Mit dem Entscheid vom 23. November 2005 haben wir die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Komturei an die Stiftung übertragen. Wir alle im Rat sind nicht in der Lage, weder die Vorwürfe des Interpellanten, noch die Rechtfertigungen der Gegenseite zu prüfen und zu beurteilen. Die Unterstellung jedoch, der Stiftungsrat habe keine zählbaren Resultate vorzuweisen, ist anmassend und nicht akzeptabel. Dass die Wiederbelebung der Komturei eine schwierige Aufgabe sein würde, war uns beim damaligen Entscheid allen bewusst. Dreissig Jahre lag die Komturei im Dornröschenschlaf. Verschiedene Versuche, sie aus dem Schlaf zu befreien, waren gescheitert. Die alleinigen Vorwürfe an jene Leute, die sich in den letzten fünf Jahren für eine neue Nutzung eingesetzt haben, scheinen mir deshalb fehl am Platz. Es ist zwar nicht zu leugnen, dass Fehlentscheidungen und -investitionen getroffen wurden. Sie sind zu bedauern, denn dieses Geld fehlt nun und stellt den neuen Stiftungsrat vor schwierige Aufgaben. Aber es müssen nicht nur die Fehler der letzten fünf Jahre ausgebadet werden. Es gilt auch, die Vernachlässigungen der letzten dreissig Jahre, die wohl unterschätzt wurden, gut zu machen. Es seien Steuergelder verschleudert worden, so der Hauptvorwurf des Interpellanten. Für den Status quo, also die Werterhaltung der Komturei, musste in all den Jahren ebenfalls sehr viel Steuergeld eingesetzt werden. Zwischen 1983 und 2004 war

es ein Vielfaches mehr, als der Stiftung je zur Verfügung stand. Den Verlust durch die Fehlinvestitionen hat jetzt aber die Stiftung zu tragen und verlangt dem Stiftungsrat in Zukunft den allergrössten Einsatz ab. Der Interpellant würde besser daran tun, kooperativ zu wirken. Seine Gemeinde müsste alles Interesse daran haben, damit Neues auf dem besonderen Areal entsteht. Dieses Vorhaben ist so anspruchsvoll, dass es nur im Zusammenwirken verschiedenster Akteure gelingen kann. Das Projekt Komturei muss zukünftig ideell und fachlich von den verschiedensten Seiten getragen werden. Der damals vorgeschlagene Weg konnte leider nicht realisiert werden. Jetzt müssen neue Ansätze gesucht werden. Daran arbeitet der neue Stiftungsrat intensiv. Für die Aufgabe muss ihm Zeit und Vertrauen gewährt werden. Der öffentliche Hickhack schwächt oder verhindert jeden neuen Impuls. Ich bin zuversichtlich, dass mit dem jetzigen Engagement das Tief überwunden wird und in der Komturei früher oder später neue und wahrscheinlich etwas bescheidenere Visionen verwirklicht werden.

Rupp, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Vieles wurde vom Interpellanten schon gesagt. Die Komturei bewegt seit ihrer Gründung die Gemüter. Das ist schon in der Geschichte aus dem Jahr 1277 nachzulesen. In der Neuzeit wurde die Komturei bis im Jahr 1972 mit einer Strafanstalt betrieben. In den folgenden Jahren ist es dem Kanton Thurgau nicht gelungen, eine Nutzung zu finden. Diese Kritik muss er sich gefallen lassen, aus welchen Gründen auch immer keine Verwendung gefunden wurde. Nach langer Vorbereitungszeit legte der Regierungsrat dem Parlament im Juni 2005 eine Botschaft mit einem Kreditbegehren über 2,9 Millionen Franken, der Übertragung der Komtureiliegenschaften und der Gründung einer Stiftung vor. Im November 2005 stimmte der Grosse Rat nach ausführlicher Diskussion und kritischen Stimmen dieser Botschaft mit grosser Mehrheit zu. Im März 2006 wurde die Stiftung Komturei Tobel gegründet. Im Herbst/Winter 2006/2007 wurde das "Haus Kaufmann" renoviert und zu einer Pilgerherberge umgebaut. Junge Leute von Workcamp Switzerland haben bei diesem Umbau und den Umgebungsarbeiten viele Fronarbeitsstunden geleistet. Als Einwohner der Gemeinde Tobel-Tägerschen habe ich selber gesehen, wie viel Arbeit da geleistet wurde. Leider wird die Pilgerherberge nicht mehr bewirtschaftet. Neu sind ein Schnitzelbunker, der Heizungsraum und ein Parkplatz entstanden. Da keine Gebäude vorhanden sind, die geheizt werden müssen, kann die Heizung nicht genutzt werden. Das nennt sich Fehlplanung. Nach dem Bau der Heizanlage ohne Heizkessel und technische Installationen wurde in nichts Greifbares mehr investiert. Da fragt sich die Bevölkerung von Tobel-Tägerschen zu Recht, wo denn die Millionen versickert oder hingeflossen sind. Weil das ganze Stiftungskapital und der Projektierungskredit aus Steuergeldern von Kanton und Standortgemeinde finanziert wurden, haben die Steuerzahlerinnen und -zahler ein Recht auf Transparenz. Leider ist diese aber zurzeit nur spärlich vorhanden. Laut Gesetz kann weder der Regierungsrat noch das Parlament oder die Standortgemeinde auf das operative Geschäft Einfluss nehmen. So liegt die ganze Verantwortung beim Stiftungsrat. Aufgrund dieser Tatsache hat der Stiftungsrat der ersten Stunde das Desaster, in dem sich die Komturei Tobel heute befindet, zu verantworten. Der Regierungsrat bringt seine Sorge über die momentane Situation in seiner Antwort zum Ausdruck. Da das nötige Geld im Moment fehlt, ist es fraglich, ob für die Komturei jemals eine sinnvolle Nutzung gefunden werden kann. Der heutige Stiftungsrat ist optimistisch, den Turnaround zu schaffen. Die Zukunft wird es zeigen. Im Bewusstsein, dass die Komturei Tobel unter Denkmalschutz steht, erlaube ich mir eine persönliche und provokative Anmerkung, wohlgerichtet ohne Unterstützung meiner Fraktion. Ich habe mich gefragt, ob man die 3 Millionen Franken nicht besser für den Abbruch der Gebäude eingesetzt hätte. Anschliessend hätte das Gelände als Bauland für Wohnen und Gewerbe genutzt werden können.

Gallus Müller, CVP/GLP: Als Mitglied der vorberatenden Kommission für das Kreditbegehren über 2,9 Millionen Franken war ich wie auch die Mehrheit des Grossen Rates der

Überzeugung, das Richtige für die Erhaltung des Kulturgutes Komturei Tobel zu tun. Leider hat sich das Projekt in keiner Weise so entwickelt, wie es vorgesehen war. Die Entwicklung ist ausserordentlich bedauerlich und wird nur sehr schwer zu kompensieren sein. Es ist zudem fraglich, ob das Fass noch einen Boden hat oder allenfalls wieder einen erhält. Inzwischen wissen wir, dass wir keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Komturei nehmen können. Das "Haus Traube" steht leer. Dadurch entstehen Ausfälle bei den Mieteinnahmen von rund Fr. 25'000.-- pro Jahr. Dabei hätte die Möglichkeit bestanden, im "Haus Traube" Asylantinnen und Asylanten unterzubringen. Ich frage den Regierungsrat, wie der Stand dieser Möglichkeit aus heutiger Sicht aussieht. Ob eine Stiftung die richtige Form und Geschäftsführung für den Unterhalt ermöglichen kann, muss genau überlegt werden. Die Besetzung des Stiftungsrates kann problematisch werden, wenn auch auf politische Zusammensetzungen geachtet wird, ohne nur das fachtechnische Wissen und Können in den Vordergrund zu stellen. Für die Zukunft müssen wir eine Lehre daraus ziehen, den Nutzen solcher Anlagen vorher genau zu klären. Ich hoffe, dass wir die gemachten Erfahrungen künftig auch entsprechend einsetzen werden.

Dr. Christoph Tobler, SVP: Ich habe bei der Gründung im Frühling 2006 auf Wunsch des damaligen Regierungsrates Ruprecht das Präsidium der Stiftung übernommen und war bis im Jahr 2008 für die Komturei Tobel mitverantwortlich. Der Regierungsrat hat die vom Interpellanten aufgeworfenen Fragen sachlich und meines Erachtens korrekt beantwortet. Die Geschäftsführung durch den Stiftungsrat und die Zusammenarbeit zwischen dem Stiftungsrat und der Standortgemeinde Tobel-Tägerschen kann und will er nicht beurteilen. Die Führung kann auch nicht im Rahmen dieser Diskussion unter Würdigung aller Aspekte sachlich und objektiv ausgeleuchtet werden. Es dürfte jedoch einleuchten, dass es neben der Schilderung von Kantonsrat Kuttruff in der Interpellationsbegründung noch eine andere Sichtweise gibt. Diese Diskussion möchte ich hier nicht führen. Ich möchte aber verständlich machen, wie es dazu kam, dass die mit der Gründung der Stiftung gesetzten Ziele nicht erreicht werden konnten. Den Stiftungsrat einfach als Versager hinzustellen, greift zu kurz. Grundlage für die Stiftungsgründung war das Projekt, das im Auftrag des Kantons und der Gemeinde Tobel-Tägerschen erarbeitet wurde. Abgesegnet wurden die Projektergebnisse von einem Lenkungsausschuss, in dem auch Kantonsrat Kuttruff vertreten war. Die Erkenntnisse des Projektes, ein Nutzungskonzept mit gesicherter Finanzierung, war ebenso entscheidend für das Kreditbegehren des Regierungsrates und nicht zuletzt für die finanzielle Ausstattung der Stiftung im Hinblick auf ein geschätztes Investitionsvolumen von 20 Millionen Franken wie die klare Aussage, dass die Machbarkeit der Komturei Tobel gegeben sei. Mit dem Auftrag, das Projekt im vorgegebenen Rahmen umzusetzen, ging der Stiftungsrat zügig an diese Arbeit. Das Nutzungskonzept wurde in einen rechtskräftigen Gestaltungsplan umgesetzt. Zwei kleine Objekte, das "Haus Traube" und das "Haus Kaufmann", wurden renoviert und zur Nutzung freigegeben. Die Erschliessung des Geländes wurde als Voraussetzung für die geplante Nutzung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Tobel-Tägerschen vollständig erneuert.

Kappeler, GP: Ich möchte auf das Votum von Kantonsrätin Moor zurückkommen. Sie hat zu Recht gesagt, dass wir die Richtigkeit von Pro und Kontra nicht wirklich beurteilen können, weil uns die sachlichen und inhaltlichen Grundlagen und Informationen fehlen. Ich habe gelesen, dass die Sanierung der Pilgerherberge abgeschlossen sei und die Herberge genutzt werde. Sie sei vom 1. April bis zum 31. Oktober geöffnet und die Betreuung von 16.00 Uhr bis 21.00 Uhr während sieben Tagen in der Woche gewährleistet. Die Arbeit wird nicht entschädigt, was einen fairen und manchmal flexiblen Übernachtungspreis erlaubt. Damit wird klar, dass die Pilgerherberge tatsächlich gebraucht wird. Der Präsident der Stiftung, Claudio Annaheim, hat mir in einem Mail geschrieben, dass die Investitionen in das "Haus Traube", die Pilgerherberge und andere Objekte mittlerweile

Mieteinnahmen von Fr. 35'000.-- generieren. Es sieht also nicht danach aus, dass die Gebäude leer stehen würden. In der Antwort des Regierungsrates ist nachzulesen, dass die Grundlagen auf dem Natur- und Heimatschutzgesetz beruhen. Deshalb müssen wir über einen Abbruch der Liegenschaften der Komturei Tobel nicht diskutieren. Der Regierungsrat schreibt vor dem Hintergrund, dass Gebäudeteile als besonders wertvoll eingestuft werden: "Es besteht eine gesetzliche Pflicht, dass der Kanton die dauernde Erhaltung dieser Gebäude sichert."

Knöpfli, SVP: Vor fünf Jahren habe ich mich gegen die Übertragung der Komturei Tobel in die zu gründende Stiftung gewehrt. Der Grosse Rat hat der Gründung der Stiftung aber mit grosser Mehrheit zugestimmt. Das Resultat sehen wir heute. Die "verlotterten" Liegenschaften werden bis zum Zerfall weiter "verlottern". Vielleicht ist das ja ein Glücksfall, dann wird das Schattenloch endlich frei für zukünftige Ideen. Die meisten zugesicherten Mieterinnen und Mieter von damals und die sozialen Institutionen sind zum Teil verschwunden oder haben sich in Luft aufgelöst. Das Angebot des Verbandes der Raiffeisenbanken, mehrere Millionen Franken in die Stiftung zu pumpen, wurde trotz Entscheid des Grossen Rates zurückgezogen. Die Frage nach dem Grund bleibt bis heute unbeantwortet. Wäre die Investition zu riskant gewesen? Meines Erachtens hat der Regierungsrat das mit 2,9 Millionen Franken festgelegte Startkapital an einer Volksabstimmung vorbei geschleust. Ich behaupte, dass das Stimmvolk die Gründung der Stiftung abgelehnt hätte. Jetzt versucht die Stiftung, Bauland zu verkaufen, um das finanzielle Loch noch etwas zu stopfen. Der Baulandhandel wird die ganze Situation nur noch verschlechtern und die Stiftung längerfristig nicht am Leben erhalten. Meine Befürchtungen für einen eventuellen Konkurs sind sehr gross. Ich frage deshalb den Regierungsrat: Wird der Kanton die restlichen Liegenschaften aus der allfälligen Konkursmasse zurückkaufen? Hätten wir die Liegenschaften vor fünf Jahren zum öffentlichen Verkauf ausgeschrieben und verkauft, müssten wir heute nicht wieder über die Komturei Tobel diskutieren, davon bin ich überzeugt. In seiner Interpellationsantwort schreibt der Regierungsrat: "Der Stiftungsrat als oberstes Organ darf die Stiftung zweckentsprechend verwalten, nicht aber nach freiem Ermessen gestalten." Der Stiftungsrat hat Kapital, also Steuergelder, vernichtet. Meines Erachtens hat die Aufsichtsbehörde die Aufgabe, den Stiftungsrat zu kontrollieren, nicht wahrgenommen. Die Aufsichtsbehörde und der Stiftungsrat erhalten von mir nur ungenügende Schulnoten. Ich bin überzeugt, dass wir im Grossen Rat nochmals über die Komturei Tobel diskutieren werden, bevor die Sonne wieder in das Schattenloch scheint.

Bieri, CVP/GLP: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Redezeitbeschränkung aufzuheben. Diskussion - **nicht benützt**.

Abstimmung: Der Rat stimmt der Aufhebung der Redezeitbeschränkung mit grosser Mehrheit zu.

Dr. Christoph Tobler, SVP: Ich fahre mit meinem Votum dort weiter, wo ich aufhören musste. Für vier Objekte der ersten Nutzungs- und Bauetappe wurden in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der Denkmalpflege verschiedene Bau- und Umbauprojekte erarbeitet und die entsprechenden Baubewilligungen eingeholt. Schliesslich wurde das Gelände für die geplante bauliche Erneuerung mit verschiedenen Räumungs- und Abbrucharbeiten vorbereitet. Dass es nicht zur Erneuerung kam, lag daran, dass die Hauptsäule des Nutzungskonzeptes der ersten Phase, die Time-out-Schule mit Internat, nicht zu Stande kam. Die Stiftung war weder als Initiant noch als Träger vorgesehen und hatte damit keinen Einfluss auf die Realisierung. Ohne Hauptmieter und -ertragsquelle war auch die Finanzierung der projektierten Bauten nicht mehr möglich. Auf ihr beruhten das gesamte Projekt und die Machbarkeit. Da half auch die schriftliche Finanzierungszusage der Raiffeisenbank nichts. Ohne Fremdfinanzierung wird sich in der Komturei

nichts bewegen lassen und ohne gesicherte Erträge gibt es keine Fremdfinanzierung. Die Idee für eine andere Hauptnutzung, welche die benötigten Erträge bringen könnte, konnte bis heute nicht gefunden werden. Der damalige Auftrag an die Stiftung ist damit unerfüllbar geworden. Schiffbruch hat nicht primär der Stiftungsrat, sondern das Projekt, auf dem die Stiftungsgründung beruhte und mit dem er auf die Reise geschickt wurde, erlitten.

Gemperle, CVP/GLP: Ich habe über Jahre ein Restaurierungsprojekt in denkmalgeschützten Mauern geleitet. Es schmerzt mich sehr, dass in der Komturei Tobel nicht mehr erreicht werden konnte. Wir sollten daraus lernen, dass die Nutzung der Projekte entscheidend ist. Ich bitte das Büro, die unsinnige Redezeitbeschränkung zu hinterfragen. Sie ist des Parlamentes unwürdig und keine Lösung der Arbeitsbelastung.

Regierungsrat **Koch:** Ich stelle aufgrund der Diskussion fest, dass es dem Regierungsrat gelungen ist, die Sachlage objektiv und sachlich darzustellen. Für die Errichtung einer Stiftung braucht es einen Stiftungsrat, ein Stiftungsvermögen und einen Stiftungszweck. Wenn die Stiftung gegründet ist, hat der Stifter anschliessend nichts mehr zu sagen. Ich kann Kantonsrat Brunner beruhigen, denn wir lassen die Hände von der Stiftung. Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben ihre Aufgabe erfüllt. Es gibt noch eine andere als nur die Stiftungsaufsicht. Die Kontrolle der Rechnung übernimmt immer die Finanzkontrolle, die auch die Revisionsstelle der Stiftung ist. Sie hat die Rechnungen geprüft und keinerlei gesetzeswidrige Handlungen festgestellt, die Rechnung ist korrekt. Die Finanzkontrolle prüft aber nicht die Geschäftsführung, weil das nicht Gegenstand dieser Prüfung ist. Von Kantonsrat Kuttruff und von Kantonsrat Knöpfli wurde die Frage nach dem Bericht gestellt. Die Finanzkontrolle hat im Bericht folgende Anmerkung gemacht: "Sicherstellung Liquidität: Der Stiftungsrat hat im Januar 2010 mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich für die entstandenen Verpflichtungen aus dem Contractingvertrag eine Darlehensvereinbarung über Fr. 420'962.-- abgeschlossen. Der Stiftungsrat will diese Verbindlichkeit bis Ende Oktober mit dem Verkaufserlös des nicht benötigten Baulandes und einer Umfinanzierung auf einen Drittgläubiger definitiv regeln. Im Weiteren konnte im Januar 2010 mit der Stiftung nahestehenden Personen zur Sicherstellung der Liquidität Darlehensvereinbarungen von Fr. 50'000.-- abgeschlossen werden. Der Stiftungsrat geht davon aus, die finanziellen Schwierigkeiten im laufenden Jahr lösen zu können. Eine latente Unsicherheit besteht jedoch unverändert." Der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf. Er hat aber mit zwei Schreiben signalisiert, keine weiteren Gelder in die Stiftung fliessen zu lassen. Im Jahr 2008, als Kantonsrat Dr. Christoph Tobler als Stiftungsratspräsident zurücktrat, haben wir nochmals einen Versuch unternommen, die Gemeinde Tobel-Tägerschen einzubinden. Damals war die Gemeinde bereit, an die Stelle des Stiftungsrates zu treten. Der Stiftungsrat lehnte das Vorhaben, das unter Mitwirkung des Regierungsrates hätte zustande kommen sollen, ab. Das Departement war mit dem Stiftungsrat einig, das "Haus Traube" für ein Durchgangsheim zu nutzen. Auch der Gemeinderat Tobel-Tägerschen war ebenfalls einverstanden. Der Kanton hätte monatlich Fr. 2'200.-- bis Fr. 2'300.-- als Miete bezahlt. Leider hat der Stiftungsrat unmissverständlich abgelehnt. Wir bedauern ausserordentlich, dass wir das Durchgangsheim in einer Gemeinde, die eigentlich einverstanden war, nicht errichten konnten. Der Regierungsrat hat keinen Anlass, heute schon darüber nachzudenken, ob er allenfalls die Liegenschaften aus einem Konkurs zurückkaufen würde. Eine Absicht besteht nicht.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.